

# Wehrpflicht im Visier

- 3** Spindelegger:  
Form follows function
- 4** Thema: General Majcen  
fordert Visionen für das Heer
- 12** Lehrerausbildung: Das Rennen  
um die besten Köpfe

Ankündigung „Fest der Arbeit“ am  
xx.x.2011 in Ortsangabe – #####  
Achtung alles nur Blindtext!!!

inhalt



4



9



10



11



14

thema: sicherheit & integration

**interview** .....3  
Form follows function – Michael Spindelegger

Wehrpflicht in Geiselhaft – General Karl Majcen .....4/5

Junge ÖVP für „Österreich-Dienst“ – Sebastian Kurz .....6

**grafik** – Wehrpflicht in Europa .....6/7

**auf ein wort** – Dr. Matthias Tschirf .....7

Zivildienst vor dem Aus? .....8  
Monsignore DDR. Michael Landau

What can we do for our country? – Dr. Christian Moser ....9

zum thema

Wehrpflicht essentiell für Heeresaufgaben – Willi Waldner ...6

Schluss mit Dilettantismus – Ing. Karl Fiala .....8

Sicherheit – ein wertvolles Gut – Gerhard Gries .....9

aus dem verband

Neue Räume gesegnet .....9

arbeit & beschäftigung

Aus der AK: Ältere ArbeitnehmerInnen – Gabi Tamandl .....10

bildung

**aus dem klub** .....11  
Bildungspolitische Herausforderungen – Christine Marek

**interview** .....12

Lehrerausbildung: Das Rennen um die besten Köpfe  
Ulli Mangl & Bernd Vogel

editorial

Zurück zu den Wurzeln – auf in die Zukunft



Frisch renovierte Büroräume, ein modernes Layout und Konzept für unsere Zeitschrift, neue Websites für unsere Bezirke – fast könnte man meinen, der ÖAAB Wien erfindet sich gerade neu. Doch wer genauer hinschaut, sieht: Wir kehren mit all dem zurück zu unseren Wurzeln. Das fängt beim Johann Gassner-Haus an, in dem der ÖAAB Wien seit seiner Gründung 1945 beheimatet ist, und das gewissermaßen die Geburtsstätte christlich-konservativer Politik in Wien darstellt: Hier gründeten sich 1922 die Christlichen Gewerkschaften. Und das geht weiter beim wien»morgen, unserer haus-eigenen Zeitschrift. Denn entscheidend am neuen wien»morgen ist für uns der innere Aufbau, dem das neue Design eine logische äußere Hülle verpasst. Parallel dazu bieten wir unseren Bezirken und Betriebsgruppen eigene Websites an, die einfach und aktuell mit Infos über Bezirkspolitik und ÖAAB-Geschehen bestücken werden können.

Im wien»morgen präsentieren wir Ihnen und Euch fortan in jedem Heft einen Themenschwerpunkt aus der ÖAAB-Arbeit und ÖVP-Politik. In verschiedenen Rubriken werden wir weitere aktuelle Themen aus unserem Spektrum beleuchten. Dies kann, wie im vorliegenden Heft, in übersichtlicher Form geschehen oder auch, je nach Themenlage, umfangreicher. Denn mit dem wien»morgen wollen Handlungsbedarf aufzeigen und zur Diskussionen anregen. Und ganz grundlegend: Wir als ÖAAB Wien formulieren Problemfelder und Themen, die uns unter den Nägeln brennen. Damit konzentrieren wir uns auf unsere ureigenste Aufgabe: Politik für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser Stadt zu machen. Unterstützung für diesen Weg sehe ich in den unseren Bezirken und Betriebsgruppen, die sich nach dem fatalen Wahlergebnis im Herbst 2010 nun aufmachen, ihre Kräfte bündeln und loslegen mit aktiver Bezirkspolitik, mit Ideen und Entwürfen, mit Positionen und Visionen eines lebenswerten Wien. Der ÖAAB Wien ist schon unterwegs in die Zukunft!

Ihr/Euer  
**Michael Wiesinger**  
Landesgeschäftsführer

michael.wiesinger@oeaab.at

Spindelegger will erst Sicherheitsdoktrin klären

# Form follows function



**ÖAAB Bundes-Obmann und Außenminister Michael Spindelegger plädiert für Aufgaben-Bedarf-Erstellung und nennt Katastrophenschutz, Auslandseinsatz und der Schutz kritischer Infrastruktur unverzichtbare Aufgaben des Bundesheeres.**

**wien»morgen:** Die Diskussion um das Bundesheer hat in den letzten Wochen mehr und mehr Facetten bekommen. Werden wir 2012 ein völlig neues Bundesheer haben?

**Michael Spindelegger:** Wir sind bereit, über verschiedene Modelle zu verhandeln, bringen aber auch eigene Vorstellungen mit: Dass einzelne Bereiche des Bundesheeres dringend reformbedürftig sind, liegt ja nicht erst jetzt auf der Hand. Wir erarbeiten hierzu verschiedene Lösungen. Aber wir gehen absolut offen in die Verhandlungen über die Struktur des Bundesheeres. Entscheidend ist für uns, zunächst einmal die Sicherheitsdoktrin zu klären!

**wien»morgen:** Brauchen wir denn inmitten eines vereinten Europas eine Landesverteidigung überhaupt noch?

**Michael Spindelegger:** Sicherlich: Der bis an die Zähne bewaffnete Grenzsoldat ist heute – zum Glück – nicht mehr notwendig. Die veränderte sicherheitspolitische Lage stellt heute andere Aufgaben an das Bundesheer. Un-

verzichtbar sind dabei für mich Katastrophenschutz, Auslandseinsatz und der Schutz kritischer Infrastruktur. Hier brauchen wir konkrete und seriöse Aufstellungen darüber, was das Bundesheer in solchen Situationen zu leisten hat. Daraus ergibt sich dann der Bedarf an Mannstärke und Material. Und erst dann können wir diskutieren, mit welcher Struktur und welcher Form wir das personell umsetzen. Derzeit sehe ich die Debatte von hinten aufgeklärt.

**wien»morgen:** ÖVP und SPÖ haben ihre Konzepte ja schon mehr oder weniger auf den Tisch gelegt. Woran hapert es jetzt noch?

**Michael Spindelegger:** Unsere Entwürfe sind völlig unterschiedlich aufgebaut: Wir hatten ausgemacht, Darabos liefert den Teil zur Landesverteidigung und wir diskutieren das dann im Parlament. Das hat er nie gemacht, sondern relativ barsch seine sieben Modelle auf je einer einzigen Seite Papier präsentiert. Das ist keine ausreichende Verhandlungsbasis. Ich denke, es ist höchste Zeit, nun konstruktive Lösungen

– unter Einbindung der Betroffenen – zu erarbeiten. Persönliche Präferenzen und parteipolitische Zurufe sind hierbei außer Acht zu lassen. Es geht um die Sicherheit Österreichs.

**wien»morgen:** Wird es eine Volksbefragung zum Thema Wehrpflicht geben?

**Michael Spindelegger:** Ich bevorzuge eindeutig das Finden einer gemeinsamen Lösung. Schließlich wurden wir Politiker ja vom Volk gewählt, um im Sinne der Gesellschaft zu agieren. Wenn wir uns also einigen können und einen breiten Konsens finden, werden die Leute auf der Straße den Sinn einer Volksbefragung in Frage stellen. ■

zur person

**Michael Spindelegger** (51) ist seit 2008 Außenminister und seit 2009 Obmann des ÖAAB. Er diente beim Heer und hat den Rang des Oberleutnants der Miliz.

office@oeaab.com



# Wehrpflicht in Geiselhaft

## Reform ja, automatische Abschaffung der Wehrpflicht nein Überlegungen zu Wehrpflicht und Reform

Foto: Bundesheer/Guenter Filzwieser

**Angesichts der medialen Hype zum Thema Wehrpflicht soll hier bewusst nicht auf tagesaktuelle Meinungsäußerungen und Wortspenden eingegangen werden. Vielmehr wollen diese Zeilen anregen zum Nachdenken, ob öffentlich gemachte Pläne zur Bundesheer-Reform nur dann Gewicht haben, wenn sie Änderungen im Wehrsystem versprechen – und das möglichst rasch und noch dazu ohne eine Sicherheitsstrategie für Österreich, die diesen Namen auch verdient.**

**Todesstoß für das Bundesheer?**  
Claus Reitan übertitelt einen Beitrag in der „Furche“ schon zum zweiten Mal mit „Todesstoß für das Bundesheer“ und er schreibt darin u. A.: „Die große Frage hinter der Heeresreform ist jene nach dem Staats- und Gesellschaftsverständnis Österreichs.“ Am Ende seiner Ausführungen meint er dann: „Über das alles ist zu sprechen, ehe abgestimmt wird. Anhand des Themas, nicht der Parteiinteressen. Um über Sicherheit, nicht Unlust zur Pflicht abzustimmen.“ In der Ausgabe vom 27. Jänner bewertet die „Furche“ die Leserreaktionen zum Thema Wehrpflicht wie folgt: „Gemeinsam ist allen die Verärgerung darüber, wie leichtfertig eine dermaßen zentrale sicherheitspolitische Frage tagespolitisch instrumentalisiert wird.“

**Wir brauchen eine Vision für das Bundesheer der Zukunft**  
Immerhin scheint hier Vernunft einzukehren, insofern nun doch zunächst die Sicherheitsdoktrin beraten werden soll. Es ist zu hoffen, dass sich daraus innerhalb brauchbarer Zeit auch die für das Bundesheer maßgebliche Teilstrategie ableiten lässt, die dann als Grundlage für ernsthafte Reformen dient. Aus meiner Sicht als ehemaliger Generaltruppeninspektor, und als solcher heute noch Anhänger der Wehrpflicht und des Milizsystems (wie uns ja in BVG und Wehrgesetz vorgegeben), müssen die militärisch Verantwortlichen dabei eine „Vision“ für das Bundesheer der Zukunft haben, die zuvorderst von einem militärischen Grundverständnis für die bewaffnete Macht der Republik und nicht

von betriebswirtschaftlichen Überlegungen allein geleitet ist.

**Offenkundiger Reformbedarf**  
Bleiben wir noch kurz beim Stichwort Reform. Natürlich gibt es betreffend Organisationsstruktur, Ausbildung, Ausrüstung sowie Verwaltung – wie auch in anderen staatlichen Bereichen – Hinweise auf Reformbedarf. Natürlich sind sie auch erkannt und es gab und gibt Ansätze, entsprechend zu reagieren. Doch was etwa wurde aus der viel gepriesenen Zilk'schen Reform ex 2001? Trotz der Beateuerung des Verteidigungsministers, selbige zu vollziehen, scheint sie durch seinen eigenen Ruf nach einer neuen, anderen Reform abgelöst worden zu sein. Das ist aber keine zwangsläufige Schlussfolgerung dafür, dass mit einer Reform unbedingt die Abschaffung der Wehrpflicht verbunden sein müsse. Also Reform ja, automatische Abschaffung der Wehrpflicht nein. Dazu sei wieder einmal festgehalten: Bis heute hat das Bundesheer, also gebildet und ergänzt auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht, noch jeden Einsatzauftrag – im In- oder Ausland – bestens erfüllt. Und zwar fast immer mit den Wehrdienstleistungen des Präsenz- und teilweise des Miliz- und

Reservestandes, also mit Soldaten im Sinne des Wehrgesetzes, sowie im Zusammenwirken mit den Angehörigen der Heeresverwaltung.

**Mischsystem oder reines Berufsheer?**  
Damit sei auf jenes „Mischsystem“ verwiesen, das dem Bundesheer die vorher angesprochene Leistungsbilanz trotz aller widrigen Umstände (sowohl in budgetärer Hinsicht sowie auch bzgl. nicht besonders militärtauglicher Dienst- und Personalrechtlinien) ermöglichte. Jetzt soll also die Wehrpflicht – seit 1975 verfassungsgesetzlich festgelegtes Kernstück und Grundpfeiler der organisatorischen Gestaltung des Bundesheeres – unter Hinweis auf Reformzwang im Eilzugstempo „entsorgt“ werden? Und zwar ohne genau zu wissen, was danach kommt? Es mag im Sinne intellektueller Redlichkeit durchaus seine Berechtigung haben, auch über eine Heeresorganisation ohne Rückgriff auf Wehrpflichtige nachzudenken. Ja, man kann dem Modell eines Berufsheeres ebenso wenig Leistungsfähigkeit absprechen wie einem Freiwilligen- oder Wehrpflichtigenheer, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. – Doch unter dem Titel 'Reform' der Abschaffung der Wehrpflicht das Wort zu reden kann und darf kein Automatismus sein. Mögen da noch so viele „Experten“ zu Hilfe gerufen werden. Der Verweis z.B. auf ausländische Beispiele ist erst dann glaubwürdig, wenn Vergleichbarkeit aller Parameter gegeben ist.

» Wir brauchen eine „Vision“ für das Bundesheer der Zukunft auf Basis eines militärischen Grundverständnisses für die bewaffnete Macht der Republik und nicht auf Grundlage betriebswirtschaftlicher Überlegungen. «

cher Ebene festgeschrieben und daher nach übereinstimmender Ansicht der Verfassungsrechtler nur mit Zweidrittelmehrheit abzuschaffen ist: Art 9a BVG (3): *Jeder männliche österreichische Staatsbürger ist wehrpflichtig.* – Hierin liegt eine ganz andere Qualität als z.B. in Deutschland.

Was waren das für Erklärungen der Wehrsprecher zur Wehrpflicht, als im Juni 1975, gleichzeitig mit der Einfügung des erwähnten Artikels 9a in die Verfassung, auch die Entschließung des Nationalrates zur Verteidigungsdoktrin erfolgte. Ja, in den 70er Jahren wird man heute einwerfen. Heute dagegen kein Wort mehr vom Schutz unserer Werte durch Wehrhaftigkeit als Angelegenheit aller wehrfähigen Staatsbürger.

**Kreisky und die Wehrpflicht**  
Wie sagte Bundeskanzler Kreisky in der Regierungserklärung vom 5.11.1971: „... wird die Bundesregierung jene legislativen Voraussetzungen schaffen, welche bei Fortführung der allgemeinen Wehrpflicht für eine wirksame umfassende Landesverteidigung und auf dem militärischen Sektor für einen Schutz des Bundesgebietes erforderlich sind.“  
Der Anfang eines anderen Absatzes lautete: „Die Verpflichtung zur immerwährenden Neutralität verlangt im gleichen Maße vom einzelnen Staatsbürger wie vom Staat ein gewisses Maß an Opfern, die gebracht werden müssen.“  
Bisher ist unser Land mit dem vielfach als „Zwangsdienst“ bezeichneten Opfer des Wehrdienstes nicht schlecht gefahren. Wo bleibt das Dankeschön dafür?

**Cui bono? Wer profitiert von der Diskussion?**  
Weitere Stichworte zur Wehrpflicht können im Rahmen der vielleicht mit dieser Ausgabe einsetzenden Diskussion später eingebracht werden. Wir haben ja schließlich Zeit. Ansonsten würde ja das Ende der Wehrpflicht samt Übergang auf ein mit Skepsis zu betrachtendes Heersmodell per 1.1.2012 zur Vermutung

führen, dass weniger der Reformbedarf, als vielmehr der Blick auf das Wahljahr 2013 dazu verleitet hat, eine weitere Heeresreform so überhudelt anzugehen. Kritische Begleitung des weiteren Vorgehens, auch innerhalb der ÖVP, soll deswegen nicht aufgegeben werden. Wenn man will, kann

auch eine Volksbefragung zugunsten der Beibehaltung der Wehrpflicht gewonnen werden. Was kommen soll, darf keinesfalls die Qualität eines „Todesstoßes“ haben. Soll es wirklich um die Sicherheit Österreichs gehen, stellt sich die Frage, ob es vertretbar ist, nicht die ohnehin vorgezeichneten Schritte zu gehen – und zwar mit Bedacht und in voller Transparenz. Die gewünschte Heeresreform anzugehen, darf nicht heißen, dass die Wehrpflicht dafür in Geiselhaft genommen wird. ■



» zum autor  
**General Karl Majcen**, geb. 1934, setzte bereits 1990 bis 1999 als Generaltruppeninspektor massive Strukturveränderungen im Bundesheer um. Seine Zielvorstellung war stets der „Miles Europäus“, der als Humanist im weltweiten Einsatz seine nationale Identität bewahren und sich im solidarischen Einsatz mit Soldaten anderer Länder bewähren soll.  
**Anfragen bitte an: office@oeaab.at**

# Junge ÖVP für „Österreich-Dienst“



**zum autor**  
**Sebastian Kurz** ist Bundesobmann der Jungen ÖVP und seit 2010 im Wiener Gemeinderat.  
[junge@oevp.at](mailto:junge@oevp.at)

sollen unter einem Dach zusammenfasst werden, Grundwehrdienst und Zivildienst gleich entlohnt werden und sechs Monate dauern. Junge Männer sollen die Wahlmöglichkeit zwischen zwei gleichwertigen Diensten, je nach Begabung und Interesse, haben. Für das Bundesheer will die Junge ÖVP eine zeitgemäße Ausbildung und die Konzentration auf den Katastrophen- und Zivilschutz. Junge Männer leisten ihren Beitrag für Österreich gerne – sofern das nicht bedeutet, dass sie Unkraut zupfen, Kasernen putzen und zeitgemäß ausgebildet werden. Sie wollen die Zeit sinnvoll verbringen, sie wollen etwas lernen und die Zeit soll ihnen so etwas für das spätere Leben bringen. ■



**Willi Waldner** ist Vorsitzender der GÖD-Bundesheerergewerkschaft.

**zum thema**  
**Wehrpflicht essentiell für Heeresaufgaben**  
 Nur durch die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht kann das Österreichische Bundesheer auch in Zukunft alle verfassungsmäßig vorgegebenen Aufgaben erfüllen. Auch in Zukunft müssen Assistenzsätze in der Größenordnung von rund 10.000 Mann gewährleisten werden können. Alles andere wäre unserer Bevölkerung gegenüber unverantwortlich – man denke nur an eventuelle Hochwasser-, Lawinen- oder Schneeräumungseinsätze im Inneren. Für Auslandseinsätze werden dafür speziell ausgerüstete und ausgebildete Kaderpräsenzeinheiten (KPE) gebraucht, für die die Zahl der Präsenzdienner eine wichtige Rekrutierungsgrundlage darstellt. Nur dadurch können im Sinne einer Bestenauswahl ausreichend spätere KPE-Soldaten gewonnen werden. Die allgemeine Wehrpflicht mit ihrer Wertebildung und Bewusstseinsbildung ist zudem ein wesentlicher Träger für die Integration von Österreichern mit Migrationshintergrund.

[office@goed.at](mailto:office@goed.at)

# Wehrpflicht in Europa

Legende

- = Wehrpflicht
- = Wehrpflicht nie bzw. nach 1990 eingestellt

**Deutschland**

Budget in % BIP	1,3
Budget Mrd. Euro	32,6
Wehrpflicht	Ab Aug 2011 ausgesetzt
Bündnismitglied	NATO
EU-Mitglied	ja
Berufssoldaten	189.000
Grundwehrdiener	46.000
Miliz	-
Rekrutierung	-

**Großbritannien**

Budget in % BIP	2,2
Budget Mrd. Euro	55,3
Wehrpflicht	Nein, seit 1962
Bündnismitglied	NATO
EU-Mitglied	ja
Berufssoldaten	195.900
Grundwehrdiener	-
Miliz	-
Rekrutierung	insbesondere über Haftentlassene

**Frankreich**

Budget in % BIP	2,3
Budget Mrd. Euro	45,9
Wehrpflicht	Nein, seit 2001
Bündnismitglied	NATO
EU-Mitglied	ja
Berufssoldaten	220.650
Grundwehrdiener	-
Miliz	33.350
Rekrutierung	v.a. Immigranten aus Tunesien und Algerien

**Schweiz**

Budget in % BIP	0,92
Budget Mrd. Euro	3,4
Wehrpflicht	ja
Bündnismitglied	nein, neutral
EU-Mitglied	nein
Berufssoldaten	6.000
Grundwehrdiener	20.000
Miliz	120.000

**Finnland**

Budget in % BIP	1,5
Budget Mrd. Euro	2,6
Wehrpflicht	ja
Bündnismitglied	nein, allianzfrei
EU-Mitglied	ja
Berufssoldaten	8.700
Grundwehrdiener	16.000

**Schweden**

Budget in % BIP	1,3
Budget Mrd. Euro	3,6
Wehrpflicht	Nein, seit 2009
Bündnismitglied	nein, allianzfrei
EU-Mitglied	ja
Berufssoldaten	Ziel: 15.000 – 20.000
Grundwehrdiener	-
Miliz	-
Rekrutierung	aufgrund mangelnder Bewerbungen über das AMS.

**Österreich**

Budget in % BIP	0,72
Budget Mrd. Euro	2,0
Wehrpflicht	ja
Bündnismitglied	nein, neutral
EU-Mitglied	ja
Berufssoldaten	13.000
Grundwehrdiener	24.000
Miliz	26.000



**Bemerkungen**  
**Frankreich** „Vorbereitungstag für die Landesverteidigung“ für alle Jugendlichen zwischen 16 und 18. Verpflichtend u.A. für das Baccalauréat (Matura).  
**Großbritannien** Überlastung: Die nationale Rechnungsprüfungsbehörde (National Audit Office) gab am 3. November 2006 einen Bericht heraus, demzufolge das Militär chronisch mit 2 bis 3% unterbelegt sei. Das Operationstempo sei tendenziell zu hoch. Das Verteidigungsministerium entgegnete, es gebe Engpässe, wies eine Überdehnung der Streitkräfte aber von sich.  
**Italien** In Italien wurde die Wehrpflicht zum 1. Juli 2005 ausgesetzt. Gleichzeitig wurde ein freiwilliger einjähriger Wehrdienst eingeführt, der jedoch Voraussetzung für Weiterverpflichtungen bei der Armee und für Bewerbungen bei Polizei, Carabinieri und anderen Sicherheitsbehörden ist.

**auf ein wort**



## Um welchen Preis?

Die von der SPÖ initiierte Diskussion um die Abschaffung der Wehrpflicht stand von Anfang an unter keinem guten – oder besser gesagt objektiven – Stern. Die Präsentation der Berufswehrmodelle war begleitet von der Abberufung des Generalstabschef, Gerüchten über Schönung der Kosten dieser Modelle und folglich mehr Medienrummel als gut für die Diskussion gewesen wäre.

Gleichzeitig brechen Regime in Nordafrika zusammen, wilde Zustände machen die Evakuierung durch das Bundesheer von hunderten Österreichern aus dem Krisengebiet notwendig.

Es ist Frühling. Eine Zeit, in der es immer wieder zu Hochwasser kommt in Österreich. Gemeinsam mit den freiwilligen Feuerwehren bildet das Bundesheer einen unverzichtbaren Grundstein, um schnell und unbürokratisch zu helfen.

Zivildienner, sind ein fixer Bestandteil unserer Gesellschaft. Egal ob in Pflegeeinrichtungen oder im Rettungsdienst, bei der Caritas oder dem Roten Kreuz. Viele bekommen dadurch einen ersten Eindruck von der Arbeit und bleiben in diesem Bereich.

Natürlich kann auch ein Berufswehr evakuieren. Selbstverständlich wird es Mittel und Wege geben, Hochwasserfolgen anderweitig in den Griff zu bekommen. Und klarerweise können Zivildienner durch Hauptamtliche Mitarbeiter ersetzt werden und junge Menschen durch Werbekampagnen in Sozialberufe gebracht werden. Die Frage ist nur: um welchen Preis?

**Dr. Matthias Tschirf**  
 Landesobmann

[matthias.tschirf@oeaab.at](mailto:matthias.tschirf@oeaab.at)

Caritasdirektor Michael Landau plädiert für einen Maßnahmen-Mix mit konkreten Förderungen

# Zivildienst vor dem Aus?

**Die Frage nach der Zukunft der Wehrpflicht ist eine rein politische. Sollte sich die österreichische Bundesregierung dafür entscheiden, die Wehrpflicht abzuschaffen, dann müssen die Konsequenzen und Folgen für den Wegfall der Zivildienstleistungen berücksichtigt werden.**



Zivildienstler Rames Woli im Seniorenhaus St. Barbara. Zivildienstler im Seniorenbereich leisten wichtige Arbeit vor allem in der persönlichen Betreuung. Außerdem sind sie im organisatorischen Bereich eingesetzt oder teilen das Frühstück aus etc.

**Würde der Zivildienst** ersatzlos gestrichen, wären Engpässe in der Betreuung z. B. von älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen oder in Obdachloseneinrichtungen die Folge. Öffentliche Hand und die Allgemeinheit sind gefordert, hier die Verantwortung für jene Menschen, die heute auf die Zivildienenden angewiesen sind, zu übernehmen. Sonst müssten etwa alte Menschen oder Menschen mit Behinderung die Folgekosten einer Heeresreform tragen. Das wäre unfair und unsozial.

professionelle Arbeitskräfte zu erbringen sein. Neben jungen Menschen müssen in Zukunft auch ältere Menschen in Pension, die Kapazitäten und Potential haben und gesundheitlich fit sind, für ein freiwilliges Jahr motiviert werden.

Der Zivildienst leistet einen Beitrag zur Hebung des sozialen Grundwasserspiegels. Auch dafür müsste Ersatz geschaffen werden. Für all das sollte die Bundesregierung eine Reformkommission mit Vertretern der großen Trägerorganisationen – etwa dem Roten Kreuz, der Lebenshilfe und auch der Caritas – einsetzen. ■

Die Folgekosten einer Heeresreform dürfen nicht auf Hilfsbedürftige abgewälzt werden.

Wird der Zivildienst abgeschafft, muss es entsprechenden Ersatz geben. Das ist eine lösbare Aufgabe, die aber umfassend mitbedacht werden muss. Hier ist ein Maßnahmen-Mix mit konkreten Förderungen erforderlich. Ein Vorschlag, der rein auf Freiwilligenarbeit basiert, wird nicht reichen. Ein Teil der Leistungen wird durch entsprechend finanzierte

**zum autor**

**Monsignore DDR. Michael Landau** ist Doktor der Biochemie und Theologie und wurde 1992 in Rom von Bischof Kamphaus zum Priester geweiht. Seit 1995 leitet Landau als Direktor die Caritas Wien.

[direktion@caritas-wien.at](mailto:direktion@caritas-wien.at)

**Ing. Karl Fiala** ist Bezirksrat in der Josefstadt und dort Sicherheitssprecher.

**zum thema**

**Schluss mit Dilettantismus**

Die letzten Wochen zeigen, dass das Thema "Wehrpflicht Ja oder Nein" viel zu früh von der Expertenebene auf die politische Ebene verlagert wurde. Es entstand eine parteimäßig rein populistische Diskussion – politischer Dilettantismus.

Viel zu viele wichtige Bereiche wie Katastrophenschutz, Zivildienst etc., die eng mit einer Wehrpflicht verknüpft sind, wurden im Vorfeld zu wenig erörtert. Doch trifft ein Wegfall der Wehrpflicht auch die versorgungstechnischen Arbeiten im Gesundheits- und Verkehrssicherheitssystem. Die Umstellung auf ein Berufsheer kann erst erfolgen, wenn alle „zumutbaren“ Modelle auf sachlicher Ebene zukunfts- und ergebnisorientiert beraten worden sind. Eine Volksbefragung oder eine Volksabstimmung halte ich zum gegebenen Zeitpunkt nicht für sinnvoll.

[karl.fiala@oevp-wien.at](mailto:karl.fiala@oevp-wien.at)

# What can we do for our country?



**zum autor**

**Dr. Christian Moser** ist Bereichsleiter für Public Affairs bei der Politischen Akademie der ÖVP.

[c.moser@polak.at](mailto:c.moser@polak.at)

**Noch vor zwanzig Jahren** waren Zivildienstler für viele Österreicher eigentlich Drückeberger und Wehrdienstverweigerer. Doch obwohl mittlerweile auch ehemalige Gegner des Wehrersatzdienstes von der Sinnhaftigkeit des Zivildienstes überzeugt sind, mutet es ungewöhnlich an, wenn ich als ehemaliger Zivildienstler für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht eintrete.

Die allgemeine Wehrpflicht formt den Charakter und ist entscheidend für das Gemeinwesen und den Zusammenhalt in Österreich. Denn sie ist ein Dienst an der Allgemeinheit. Ob mit der Waffe oder für karitative Einrichtungen ist für mich dabei zweitrangig. Viel wichtiger ist es, den jungen Menschen zu

vermitteln, dass es sinnvoll ist, dem Staat, der Gesellschaft und seinen Mitmenschen etwas zurückzugeben. Ich empfinde es nicht als Zeitverschwendung, ein knappes Jahr seines

» My fellow Americans, ask not what your country can do for you; ask what you can do for your country. «

John F. Kennedy, Antrittsrede 1961

Lebens „Vater Staat“ zu widmen. Und sowohl Bundesheer als auch Zivildienst vermitteln jungen Menschen wertvolle Tugenden, die ihnen auch im späteren Berufsleben nutzen können: Akzeptieren von festen Regeln, Gemeinschaftssinn statt Egoismus, Loyalität, Pünktlichkeit sowie die Erkenntnis, dass sich unser Volk aus unterschiedlichen Schichten und Milieus zusammensetzt, sind wertvolle Bestandteile für eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung. Hier lernen viele zum ersten Mal, dass die eigene Person und Meinung eben nicht das Maß aller Dinge sind und dass es gilt, Rücksicht auf die Bedürfnisse anderer zu nehmen.

Gleichzeitig sorgt die allgemeine Wehrpflicht auch für eine ideale soziale Durchmischung des Heeres und erfüllt damit eine wesentliche demokratiepolitische Funktion. Von Be-

rufsheeren aus anderen Ländern wissen wir, dass vielfach zweifelhafte Personen (z. B. Waffennarren, Antidemokraten) eine militärische Karriere anstreben. Solche Söldnerheere wurden schon oft bei Staatskrisen politisch instrumentalisiert. Landesverteidigung gehört zu den Kernaufgaben eines Staates. ■

**Gerhard Gries** ist Obmann der Landesfachgruppe Bundesheer im ÖAAB-Wien

**zum thema**

**Sicherheit – ein wertvolles Gut!**

Sicherheit, sowohl nach innen, als auch nach außen, ist ein elementares Bedürfnis für uns Österreicher. Gerade unser Bundesheer genießt als Garant eben dieser Sicherheit großes Vertrauen in unserem Land. International wird der österreichische Beitrag unserer Soldatinnen und Soldaten zur Friedensicherung seit Jahrzehnten hoch geschätzt. Die aktuelle Debatte über eine neue Sicherheitsstrategie und zukünftige Wehrsysteme muss daher endlich vernünftig und transparent abseits von parteipolitischen Strategien und Medieninszenierungen geführt werden! Staatspolitische Verantwortung aus Sicht des ÖAAB heißt: Reform Ja, aber zuerst Offenlegen aller Konsequenzen!

[gerhard.gries@bmlvs.gv.at](mailto:gerhard.gries@bmlvs.gv.at)

## Neue Räume gesegnet

Mehr als ein halbes Jahr lang hat das Team des ÖAAB Wien in einem Ausweichquartier in mitten der Baustelle Johann Gassner-Haus gearbeitet. Zwar ist noch längst nicht das ganze Haus fertig, doch konnte der ÖAAB bereits in die frisch renovierten Büroräume einziehen. Beim Neujahrsempfang, zu dem ÖAAB-Obmann **Dr. Matthias Tschirf** und Geschäftsführer **Michael Wiesinger** eingeladen hatten, bat **Pater Nikolaus** um Segen für die neuen Räume und die dort arbeitenden Menschen. Bis Sommer sollen auch der Festsaal sowie das Sitzungszimmer fertiggestellt sein. ■





## Aus der Arbeiterkammer: Ältere ArbeitnehmerInnen

In den letzten Monaten hat das Thema Pensionsantritt bzw. Ältere ArbeitnehmerInnen die Medienlandschaft beherrscht. Allerdings sind sehr viele der verbreiteten Meinungen und Ideen realitätsfern. Die ÖAAB-FCG-Fraktion in der AK wird im nächsten Halbjahr Perspektiven und Problemlösungen für ältere ArbeitnehmerInnen erarbeiten.

**Potential älterer Beschäftigter meist ungenutzt**  
Seitens der Wirtschaft wird vehement gefordert, das tatsächliche Pensionsantrittsalter an das gesetzliche anzunähern. Was ja grundsätzlich richtig und wichtig ist, leider fehlt dazu aber oft die Bereitschaft der Unternehmen, ältere ArbeitnehmerInnen länger in Beschäftigung zu halten. Auch spezielle Arbeitsplätze für ältere Damen und Herren sind nicht ausreichend vorhanden. Zahlreiche Unternehmen entledigen sich durch großzügige Sozialpläne mit einem Schlag von hundert von MitarbeiterInnen ab einem Alter von 50 Jahren.

**Umschulung oder Rehabilitation**  
Die Forderung der SeniorenvertreterInnen nach Umschulung statt Zwangspensionierung ist zwiespältig, denn welche Perspektive hat eine 57-jährige Frau die bereits pensionsantrittsberechtigt ist, wenn sie zwar vom AMS eine Umschulung bezahlt bekommt danach aber keinen Arbeitsplatz? Auch Rehabilitation vor Pensionierung ist eine sehr beliebte Methode, jemanden nicht sofort in den Ruhestand abzuschieben, allerdings muss auch nach einem Rehabilitationsprozess ein entsprechender Arbeitsplatz für betroffene Personen zur Verfügung stehen.

**Zwangspension**  
Es ist erwiesen, dass die meisten Menschen zum ehestmöglichen Zeitpunkt die Pension auch tatsächlich antreten. Ein wesentlich geringerer Teil ärgert sich über die Zwangspensionierung.

**Perspektiven für ältere Arbeitnehmer**  
Um alle Aspekte zu diesem Thema intensiv zu beleuchten, wird die die Arbeiterkammerfraktion im 1. Halbjahr 2011 einen Schwerpunkt

für ältere ArbeitnehmerInnen setzen. Mit ExpertInnen, UnternehmerInnen, SeniorenvertreterInnen und Betroffenen wird ein Diskussionsprozess eingeleitet, der die tatsächlichen Beweggründe für einen frühen Pensionsantritt bzw. den Personalabbau speziell älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufzeigen soll. ■



zur autorin  
**Gabi Tamandl** ist Abgeordnete zum Nationalrat und Obfrau der FCG-ÖAAB-Fraktion in der AK.  
gabriele@tamandl.net

## aus dem klub: Bildungspolitische Herausforderungen

Bildung ist eine der zentralen Themen der politischen Arbeit im ÖVP-Rathausklub. Klubobfrau Christine Marek bekennt sich dabei grundsätzlich zum Bildungskonzept der Bundes-ÖVP: „Wien hat jedoch als Ballungszentrum spezifische Bedürfnisse, die es notwendig machen, stadt spezifische Ansätze herauszuarbeiten.“

**Kindergarten wird Bildungsgarten**  
Die Bildungskarriere unserer Kinder beginnt bereits weit vor dem Eintritt in die Volksschule. Die ÖVP Wien will daher den Kindergarten zum „Bildungsgarten“ weiterentwickeln und fordert bundeseinheitliche Qualitätsstandards für alle Kindergärten.

Gerade in Wien stehen viele Eltern, Kinder und PädagogInnen vor besonderen Herausforderungen: „Derzeit warten tausende Kinder auf einen Kindergartenplatz. Weil die Stadt Wien schlecht vorbereitet war, ist der Gratiskindergarten für alle 0-6-Jährigen leider nicht Realität. Doch unser Beschlussantrag im Gemeinderat zur Einführung eines „Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz für Kinder unter 6 Jahren“ wurde leider von Rot-Grün abgelehnt“, erläutert die ÖVP Klubobfrau.

**Sprachförderung für Volksschüler**  
Über 50 Prozent der Schulanfänger in Wiener Volksschulen sind Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache, die in vielen Fällen gravierende Deutschprobleme haben. Die Volkspartei will mit der Einführung eigener Vorbereitungsklassen für Kinder mit Sprachdefiziten ein Modell schaffen, bei dem erst der Sprachunterricht kommt und dann der Regelunterricht. „Wir wollen kein Herausreißen der Kinder aus dem Klassenverband mehr, sondern brauchen richtige Förderung der betroffenen Kinder“, so Marek.

**Ganztägige Schulformen**  
Der Ausbau ganztägiger Schulformen ist Gebot der Stunde, womit eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Chancengleichheit für alle Kinder erreichen soll. Die ÖVP Wien bekennt sich daher klar zum Ausbau der ganztägigen Schulformen. Dabei soll weiterhin Wahlfreiheit zwischen Ganztagschule oder klassischer Schule mit Nachmittagsbetreuung bestehen. Sowohl räumlich als auch personell spielt aber optimale Qualität eine entscheidende Rolle. „Die Wiener Kinder dürfen ihre Tage nicht länger in Schulcontainern mit unqualifiziertem Personal verbringen müssen“, so Marek.

**Kinder fördern von klein auf**  
„Permanent wird in der Bildungsdiskussion von Rot und Grün ausschließlich auf die Schule der 10 bis 14-jährigen verwiesen. Doch das ist kurzfristig und berücksichtigt nicht, dass die Basis für einen erfolgreichen Bildungsweg bereits viel früher gelegt wird.“

Wir, die ÖVP Wien, setzen uns für die Bildungs- und Zukunftssicherung unserer Kinder bereits ab Kindergarten und Volksschule ein, denn wir wissen, dass die Zukunft unserer Kinder über die Zukunft unserer Stadt entscheidet“, erklärt Klubobfrau Marek abschließend. ■



zur person  
**Christine Marek** ist Landesparteioberin und Klubobfrau der ÖVP Wien.  
christine.marek@wien.oevp.at



# Lehrerausbildung: Das Rennen um die besten Köpfe

**wien»morgen:** Auf der Agenda der Bildungsministerinnen steht auch die Lehrerausbildung ganz weit oben. Warum besteht hier Reformbedarf?

**Bernd Vogel:** Der Schulalltag hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen hat sich durch die Entwicklung neuer Medien gewandelt, und die Veränderungen im Berufs- und Familienalltag der Eltern haben dazu geführt, dass die Lehrer/innen zusätzliche Aufgaben im Bereich der Erziehung und Führung von jungen Menschen übernommen haben.

**Ulli Mangl:** Und auch die Vielfalt von Schulprofilen wächst stetig, neue Strategien und Qualitätskennzeichen von Schule werden erwartet. Diese dürfen aber nicht nur die Schulform betreffen, sondern müssen bereits bei den Qualifikationen der Lehrer und Lehrer/innen ansetzen.

**wien»morgen:** Wie stehen Sie zur Idee einer gemeinsamen Ausbildung von AHS/APS-Lehrern?

**Ulli Mangl:** Die Universitäten und die Pädagogischen Hochschulen sind unter Einbeziehung aller relevanter erziehungswissenschaftlicher Institute zur Lehrer/innenausbildung in einer eigenen Fakultät an der Universität zusammen zu fassen.

**Bernd Vogel:** Eine gemeinsame Ausbildung von Pflichtschul- und AHS-Lehrer/innen ist in einigen Bereichen, wie z.B. allgemeine Pädagogik oder Didaktik möglich. Wichtig ist, bereits während des Studiums Zusatzqualifikatio-

nen, wie z.B. die Ausbildung zur Beratungslehrer/in, zur Lernbetreuer/in, etc., erwerben zu können. Lehrer/innen mit ergänzenden Qualifikationen werden einerseits im Unterrichtsalltag zunehmend dringender gebraucht und andererseits führen zusätzliche Ausbildungsangebote zu mehr Flexibilität für die Lehrer/innen.

**wien»morgen:** Sollte die Ausbildung dann universitär erfolgen? Wieviel Fachspezifisches, wie viel Pädagogik ist in der Ausbildung notwendig?

**Ulli Mangl:** Unterrichtsqualität ist keine Frage der Organisation. Um diese zu garantieren, muss bei der Auswahl der Lehrpersonen deren fachliche und soziale Kompetenz in den Vordergrund gestellt werden, und diese Fähigkeiten sind gezielt zu fördern.

**Bernd Vogel:** Die fachliche und fachdidaktische Ausbildung der angehenden Lehrer/innen muss an den Universitäten erfolgen, da nur so eine hohe fachliche Kompetenz garantiert werden kann. Die beste Expertise für die Vorbereitung

auf die pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bieten hingegen die Pädagogischen Hochschulen. Die unterschiedlichen Stärken dieser beiden Institutionen sollten kombiniert und damit ideal genutzt werden.

**wien»morgen:** Wie sinnvoll sind strengere Zulassungsverfahren für das Lehramtsstudium?

**Ulli Mangl:** Aufnahmekriterien sind prinzipiell zu befürworten. Die derzeitige Situation allerdings lässt einen restriktiven Selektionsmechanismus nur sehr bedingt zu, da massiver Lehrer/innenmangel herrscht.

**Bernd Vogel:** Die beste Möglichkeit um herauszufinden, ob jemand die notwendige offene Einstellung gegenüber Kindern und Jugendlichen, Sozialkompetenz und Motivation besitzt, um Lehrer/in zu werden, ist ein höherer Praxisanteil bereits zu Beginn des Studiums. Allfällige Aufnahmeprüfungen könnten diese Grundvoraussetzungen für erfolgreiches Unterrichten und in der Folge ein zufriedenes Lehrer/innenleben nur schwer überprüfen. ■

**» zu den personen**

<p><b>Mag. Bernd Vogel</b> ist Obmann der Landesfachgruppe der AHS-Professor/innen im ÖAAB.</p> <p><a href="mailto:bvogel@bg9.at">bvogel@bg9.at</a></p>		<p><b>BSI Mag. Ulli Mangl</b> ist Obfrau der Landesfachgruppe der APS-Lehrer/innen im ÖAAB.</p> <p><a href="mailto:ulrike.mangl@ssr-wien.gv.at">ulrike.mangl@ssr-wien.gv.at</a></p>	
---	---	---	---